

## **Gliederung**

	<u>Seite</u>
<b>A. Einleitung</b>	<b>1</b>
I. Die Grundsätze der Darlegungs- und Beweislastverteilung im Kündigungsschutzverfahren	1
1. Gesetzliche Regelungen im materiellen Recht	2
2. Gesetzliche Regelungen im Prozessrecht	3
3. Der ungeschriebene Grundsatz der verfassungskonformen Anwendung	4
II. Der Kündigungsschutzprozess	6
1. Die arbeitsgerichtliche Zuständigkeit	6
2. Die Parteien des Prozesses	6
3. Die Klagefrist und der Klageantrag	7
<b>B. Allgemeine Anforderungen an eine ordnungsgemäße Kündigung</b>	<b>9</b>
I. Die Kündigungserklärung	10
II. Die Kündigungsfrist	11
III. Der Zugang der Kündigungserklärung	12
<b>C. Die Anforderungen an eine betriebsbedingte Kündigung</b>	<b>16</b>
I. Anwendungsbereich des Kündigungsschutzgesetzes	16
1. Der persönliche Geltungsbereich	16
a) Der Arbeitnehmerbegriff	17
b) Die sechsmonatige Wartefrist	18
2. Der betriebliche Geltungsbereich	20
II. Dringende betriebliche Erfordernisse	27
1. Die unternehmerische Entscheidung	28
a) Das Vorliegen außerbetrieblicher Gründe	34
b) Das Vorliegen innerbetrieblicher Gründe	40
2. Der Wegfall der Beschäftigungsmöglichkeit	48
3. Die Kausalität zwischen der unternehmerischen Entscheidung und dem Wegfall der Beschäftigungsmöglichkeit	57
4. Die Verhältnismäßigkeit	59

III. Die Sozialauswahl	63
1. Die Grundsätze der Sozialauswahl	64
2. Das Vorliegen berechtigter betrieblicher Interessen	70
a) Der sogenannte Leistungsträger	71
b) Der Erhalt einer ausgewogenen Personalstruktur	72
3. Die aktuelle Rechtsprechung zur Verteilung der Darlegungs- und Beweislast	76
4. Alternative Lösungsansätze in der Literatur zur Verteilung der Darlegungs- und Beweislast	77
5. Vorschlag eines alternativen Ansatzes	81
a) Der Ausgangspunkt der These	81
aa) Die Auslegung nach dem Wortlaut	82
bb) Die Auslegung nach der Systematik	82
cc) Die Auslegung nach der Entstehungsgeschichte (historische Auslegung)	83
dd) Die Auslegung nach Sinn und Zweck	84
b) Mögliche Problemfelder	85
aa) Die Vereinbarkeit der These mit § 1 Absatz 3 Satz 3 KSchG	85
bb) Die Vereinbarkeit der These mit dem Auskunftsanspruch gemäß § 1 Absatz 3 Satz 1 Halbsatz 2 KSchG	86
cc) Die Vereinbarkeit der These mit den Grundsätzen der Sozialauswahl	86
c) Der Umfang der Darstellung der Sozialauswahl durch den Arbeitgeber unter Zugrundelegung der These	88
d) Der Prüfungsumfang des Arbeitsgerichts unter Zugrundelegung der These	89
aa) Kritikmöglichkeiten hinsichtlich des Prüfungsumfangs	90
bb) Befürchtung einer Überlastung der Schriftsätze	91
e) Die Vorteile der These	92
f) Die Umsetzung in der Gerichtspraxis	93
D. Kollektivrechtliche Regelungen gemäß § 1 Absatz 4 KSchG	94
E. Der Interessenausgleich mit Namensliste im Sinne von § 1 Absatz 5 KSchG	95
F. Abschließende Zusammenfassung der Ergebnisse	99